



Herausgegeben vom
Präsidium der VVN
Bund der Antifaschisten
Verantwortlich
Hans Jennes

6000 Frankfurt am Main
Rossertstraße 4
Fernsprecher
(06 11)
72 76 49, 72 78 43

Postscheckkonto
Ffm. 2171 87 - 609
Bank für
Gemeinwirtschaft
Ffm. 1 074 338 500

Nr. 36/ 1977

22. August 1977

SCHADEN FÜR DAS ANSEHEN UNSERES VOLKES ABWENDEN:

DER GESTAPO-MÖRDER KAPPLER MUSS AN ITALIEN AUSGELIEFERT WERDEN

Die VVN - Bund der Antifaschisten erneuern ihre Forderung an die Bundesregierung, dem Ersuchen der italienischen Regierung auf Auslieferung des ehemaligen Gestapo-Chefs von Rom, des Kriegsverbrechers Herbert Kappler, unverzüglich nachzukommen. Kappler ist kein politisch Verfolgter, dem nach Art. 16 des Grundgesetzes Asyl zu gewähren ist, Kappler ist vielmehr ein krimineller Verbrecher, der 335 Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, als Geiseln ermorden ließ. Die Bundesregierung hat die UNO-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen unterzeichnet. Wenn sie jetzt faktisch einen Kriegsverbrecher deckt und seiner gerechten Strafe entzieht, steht dieses Verhalten im Widerspruch zu völkerrechtlich bindenden Verträgen, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist.

Das Verhalten der Bundesregierung muß dem Ansehen unseres Volkes im Ausland schweren Schaden zufügen und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Italien bzw. den anderen ehemals vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern vergiften. Die Leidtragenden sind die Bürger der Bundesrepublik, die sich mit den Verbrechen der faschistischen Vergangenheit identifiziert sehen. Die Völker, die die faschistische Herrschaft am eigenen Leibe verspüren mußten, haben kein Verständnis dafür, daß die Bundesregierung nazistische Kriegsverbrecher als politische Flüchtlinge behandelt und damit deckt, während sie gegen das Wiederaufleben des Nazismus und gegen die provokatorischen Aufmärsche der SS und der Neonazi-Verbände nichts unternimmt. Sie sehen darin eine Verharmlosung der Verbrechen des Nazismus und eine Gefahr für die Demokratie und den Frieden in Europa.

Die Haltung der Bundesregierung im Fall Kappler ermuntert geradezu neonazistische Kreise in der Bundesrepublik. Die Neonazi-Presse feiert Kappler und seine Frau als Helden, sie feiert ihren Sieg und verstärkt die Kampagne zur Beschönigung von Kriegsverbrechen und Völkermord zur Rehabilitierung des Faschismus. Es ist ein unerträglicher Zynismus, wenn von denselben Kreisen die humanitären Aspekte des Falls in den Vordergrund gespielt werden.

Diese Kreise hatten offensichtlich die Hände bei der Flucht im Spiel. Die Bundesregierung muß dies unverzüglich genau untersuchen. Die Umstände erinnern in mancher Hinsicht an das Zusammenspiel deutscher und italienischer Faschisten bei der

Mussolini-Befreiung. Daß Frau Kappler ohne Helfer handelte, ist jedenfalls kaum glaubhaft. Mit der perfekt organisierten Flucht bekundeten diese Kreise, daß sie den politischen Eklat einer Diskussion über die Haftverschonung für Kappler vorziehen.

Das sollten alle diejenigen Bürger unseres Landes bedenken, die aufrichtig von der Überlegung ausgehen, man solle einen krebserkrankten alten Mann – was immer er verbrochen habe – freilassen.

Ganz abgesehen davon, daß Kappler im Militärkrankenhaus durch die italienischen Behörden alle erdenklichen Erleichterungen – z.B. ungehinderter Besuchsempfang – gewährt wurden, kann über die Frage der Haftverschonung nur von den zuständigen Stellen in Italien entschieden werden. Dem italienischen Volk geht es nicht um Rache, sondern um sein unveräußerliches Recht, Massenmord an italienischen Bürgern gemäß den Gesetzen des italienischen Staates zu ahnden.

Der Zustand vor der Flucht Kapplers muß unverzüglich wieder hergestellt werden. Kappler ist auszuliefern, damit das Ansehen unseres Volkes und unseres Landes nicht noch schlimmeren Schaden erleidet.

(59 Zeilen a 65 Anschläge)